

Das Budget 2006 und folgende Grausamkeiten:

Die Handelskammer analysiert und rät

Der Präsident der Handelskammer Michel Wurth ließ zu Beginn der gestrigen Pressekonferenz keine Zweifel über die Machtverteilung im Staate Luxemburg aufkommen. Der Bericht eben der Handelskammer sei einer der drei zum Staatsbudget, die zählen, wobei die beiden anderen jene von Chamber und Staatsrat sind. Wenn also von dieser Seite dem Staat aus der Indexfalle mit Ratschlägen herausgeholfen werden soll, um so schnell wie möglich wieder zum strukturellen Budgetgleichgewicht zurückzufinden, so tun wir gut daran, nicht mit einem Schulterzucken zur Tagesordnung überzugehen.

Die Feststellung, daß der Staat nicht auf Dauer pro Jahr 1,2 Mrd. € mehr ausgeben als einnehmen kann, womit 15% der Ausgaben nicht durch Einnahmen gedeckt sind, führt in Verbindung mit jener, es gäbe keinen Spielraum für Steuererhöhungen, weil Luxemburg bereits nach Senkungen anderswo im EU-Mittelfeld ist, zur Forderung, die Ausgaben zu senken. Bei jenen, wo gespart werden soll, wird der folgende Wurth-Spruch sicher ungut aufstoßen: »Wenn wir das Schlaraffenland bleiben wollen, das wir sind, müssen wir bei den Besten sein.«

Was also müssen »wir« laut Handelskammer tun, um bei den Besten zu sein? Zunächst einmal ergeht die Aufforderung an die Gemeinden, die einen höheren Hebesatz für die Gewerbesteuer haben als die Hauptstadt nach der letzten Senkung, dieses Niveau ebenfalls einzuführen.

Einverstanden ist die Handelskammer mit der Gebührrhöhung bei Beantragung eines Passes, mit einer höheren Steuer für Autos, die viel CO₂ ausstoßen, mit einer Verteuerung von Bus und Bahn und mit einer Erhöhung der Stundenpreise für die Beaufsichtigung der Schulkinder – aber nur, wenn die Auswirkung nicht im Index zu Buche schlägt, also nur, wenn eine Indexmanipulation stattfindet. Trotz dieser Forderung folgt noch ein Rempeler für die Regierung mit der fröhlichen Mitteilung, man dürfe nicht glauben, daß das allzuviel bringe. Wenn's eh kaum was bringt, wozu dann obendrein noch am Index fummeln? Sonderbare Unternehmerlogik!

Politisch leichte Machbarkeit bei starker Budgetwirksamkeit wird folgenden Maßnahmen angedichtet:

1) Öffentlich-private Partnerschaft (Lyzeen und Kläranlagen für den Anfang, begleitet von einer Arbeitsgruppe zur genauen Analyse) bringe Ersparnisse durch Optimierung, zu der Betriebe verpflichtet seien, während das beim Staat »nicht automatisch der Fall« sei. Was sich auf jeden Fall automatisch in solch einer Partnerschaft einstellt, ist ein Ergebnis mit Gewinn beim Privaten, weswegen dies eine logische Forderung der Handelskammer ist. Ansonsten handelt es sich dabei um Budgetkosmetik, da die wirkliche Schuldenlage des Staates, die bei einer Kreditaufnahme klar zu Tage liegt, damit verschleiert wird.

2) In der Forschung sollen

die öffentlichen Kredite erhöht werden, indem aber auf ein Maximum an Wirksamkeit geachtet wird. Klar, daß eine Krediterhöhung, egal für was, eine starke Budgetwirksamkeit hat!

3) Mit dem »e-government« sollen die administrativen Kosten gesenkt werden. Blöd nur, daß das zunächst bei der Einrichtung Mehrkosten bringt.

4) Mit Blick auf Kyoto wird gefordert, einen Teil der Entwicklungshilfe für Umweltprojekte in der 3. Welt umzuorientieren. Rette sich wer kann, aber Kompensationsmaßnahmen sind gar nicht zulässig, wenn Luxemburg nicht unter die Werte von 1990 kommt, was droht.

5) Zusatzpensionen wie andere Maßnahmen zur Altersvorsorge sollen ermutigt werden, was wohl auch mit Kosten verbunden ist.

6) Es soll eine Politik zu Gunsten des Angebots am Wohnmarkt eingeführt werden, was es auch nicht gratis gibt.

7) Als erster Punkt, mit dem wirklich weniger ausgegeben werden soll, folgt zuletzt die Herabsetzung der Staatsbeteiligung an den Infrastrukturkosten der Gemeinden – es müsse nicht jede ein Kultur- oder Sportzentrum haben!

Es folgen dann die liebsten Wünsche der Handelskammer, realistisch eingestuft als politisch schwer machbar, wenn auch mit hoher Budgetwirksamkeit. Es sind das wirklich große Hämmer: alle Budgetausgaben sollen nicht mehr indexiert werden, die Indexerhöhung soll nur noch für Löhne bis zum eineinhalbfachen des Mindestlohnes zugestanden werden, womit sich laut Michel Wurth für 50% der Lohnempfänger nichts ändere, die mit den höheren Löhnen würden ihren Mehrverdienst sowieso im Ausland bei Urlauben verbraten.

Dann soll mit einer »Modernisierung (!) des Beamtenstatuts« eine umfangreiche Verwaltungsreform stattfinden, das Lehrpersonal soll mehr arbeiten (bei 2 Stunden mehr in der Woche ließen sich 20% der Sekundarschulprofessoren einsparen), der »forfait d'éducation«, für den 2006 80 Mio. € im Budget stehen, soll ersatzlos gestrichen, der Elternurlaub auf das in der EU-Direktive festgesetzte Niveau zurückgeführt werden (beides zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie?).

Alle Sozialbeihilfen, nicht nur die Familienbeihilfen, sollen entsprechend dem Haushaltseinkommen »progressiv begrenzt« (etwa auch bei 150% des Mindestlohns?), je nach Höhe soll die Anpassung der Pensionen verschoben werden. Die Ausgaben im Gesundheitswesen sollen insbesondere im Spitalswesen gebremst werden (mit einer Zwei- und Dreiklassenmedizin?) und die »assurance dépendance« soll »reformiert« werden, also verschlechtert im Leistungsumfang.

Das alles, damit von den wirklichen Reichen nicht wieder mehr Steuern verlangt werden. Wenn sich's die anderen gefallen lassen! jmj